

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Vertrieb: Amt Dresden Nr. 31307
H. Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Stadtkont Dresden, Girokonto Dresdner Nr. 658
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wahren, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Adolph-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Dezer & Co., Dresden-Blasewitz. - Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Er scheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 4-spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Petit-Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen mit Platzvorschriften und schwierigen Sachverhalten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erstreckt sich auf d. verpöbl. Zahlung, Rüge od. Kontur d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
81. Jahrgang

Nr. 65

Mittwoch, den 18. März

1925

Neue Bestimmungen zum Reichspräsidenten-Wahlgesetz

Doch amtliche Stimmzettel

Das vom Reichstage angenommene Wahlgesetz über die Änderung des Präsidentenwahlgesetzes, das die Einführung des amtlichen Stimmzettels brachte und im Zusammenhang damit Wahlvorschlüsse einführte, hat nach Ausführungsbestimmungen erforderlich gemacht, die heute vom Reichsminister des Innern mit Zustimmung des Reichstages in einer zweiten Änderungsverordnung zur Reichstimmordnung erlassen wurden.

Die Verordnung wird in der heute erscheinenden Sondernummer des Reichsbeschäftigten veröffentlicht. Sie bringt nähere Bestimmungen über den Inhalt der Wahlvorschlüsse und ihre Zulassung. In jedem Wahlvorschlusse soll der Kandidat mit Vor- und Zunamen angegeben, Stand oder Beruf, Wohnort und Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über seine Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Der Wahlvorschlusse muß einen Vertrauensmann und Stellvertreter bezeichnen, die beidseitig unterschrieben sind. Dem Reichswahlleiter sind die Wahlvorschlüsse abzugeben. Fehlt diese Bescheinigung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann und der zweite als sein Stellvertreter. Die sonstigen Bestimmungen der Reichstimmordnung über die Durchführung der Präsidentenwahl sind der neuen Gesetzgebung angeschlossen worden. Die bisherige Vorschrift, daß gleichzeitige Wahl für den ersten Wahlgang ein Stimmzettel ausreicht, wird, ein solcher für den zweiten ausgeschrieben wird, wurde geändert. Für die Ausstellung von Stimmzetteln wird künftig jeder Wahlgang gesondert behandelt. Bemerkenswert ist, daß die Frist für die Einreichung der Wahlvorschlüsse beim Reichswahlleiter am Donnerstag den 19. dieses Monats nach 12 Uhr abläuft.

Die Deutschhannoveraner für die bayerische Sonderkandidatur

Die deutschhannoversche Partei fordert durch einen in der „Hannoverschen Landeszt.“ veröffentlichten Aufruf ihre Parteimitglieder auf, bei der Wahl des Reichspräsidenten am 29. März geschlossen für den Ministerpräsidenten Dr. Brüning als den noch in letzter Stunde aufgestellten einzigen föderalistischen Kandidaten zu stimmen.

Auch noch eine nationalsozialistische Kandidatur?

Wie die Deutschhannoversche Partei berichtet, hat sich Adolf Hitler entschlossen, für die Reichspräsidentenwahl eine nationale sozialistische Sonderkandidatur aufzustellen. Diese Kandidatur soll nur die Zustimmung prüfen, die der Partei für die endgültige Entscheidung zur Verfügung stehen.

Auftakt des Wahlkampfes

Der Wahlkampf um die Reichspräsidentenwahl ist gestern in Berlin von der Sozialdemokratie durch eine Reihe von Versammlungen eröffnet worden.

In Frankfurt a. M. hielt gestern abend der demokratische Reichspräsidentenkandidat Staatspräsident Dr. Brüning eine Rede, in der er sich für die Demokratisierung Deutschlands einsetzte, die heute von weiten Kreisen bejubelt wurde. Es handelte sich heute nicht mehr um die Frage „Republik oder Monarchie“. Der Kampf der Weimarer Republik zwischen der demokratischen und der konservativen Republik. Demokratie ist nicht eine fertige Staatsform. Sie bedeutet vielmehr eine bestimmte Art von Menschentum, in dem sich Selbstbewusstsein mit höchstem Verantwortlichkeitsgefühl verbindet.

Der Reichsausschuss der Wirtschaftspartei empfahl den Anhängern der Partei die Wahl von Brüning, erklärte jedoch, die Partei habe sich für den zweiten Wahlgang ihre Meinung vor.

Der Eisenbahnerstreik

Besserung der Streiklage

Die Streiklage bei der Reichsbahn hat sich etwas gebessert. Es streiken noch 10.400 Mann, davon 3300 im Bezirk Dresden. Der Personen- und Güterverkehr wirkt sich vollkommen gut ab. Von der technischen Beihilfe sind 217 Personen eingesetzt worden.

Eine später eingelaufene Meldung besagt: In der Lage des Eisenbahnerstreiks ist keine Veränderung eingetreten. Heute sollen im Reichsarbeitsministerium die letzten Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes geführt werden.

In Hof wird der Eisenbahnerstreik als beendet angesehen

Hof, 18. März. (Radio). Der Hofener Anzeiger schreibt zur Eisenbahnerstreikbewegung u. a.: Der Eisenbahnerstreik wird für Hof als beendet angesehen. Die Arbeiter haben sich am Montag zum Dienst gemeldet, und zwar bei der Betriebs- und der Bauinspektion bis auf 70 und bei der Maschineninspektion bis auf 160 Mann.

Höhere Löhne - höhere Eisenbahntarife

In einer Erklärung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft an dem im Schlichtungsverfahren erarbeiteten Schlichtungsbericht ist u. a. die Hauptverwaltung der Reichsbahn in der Erwartung wirtschaftlichen Verbesserungen die Empfehlung des Schlichtungsberichts, den Arbeiterlohn vom 15. bis 18. März ab um 3 Pfg.

Zentrum und Bayerische Volkspartei

Wie wir hören, beabsichtigt die Zentrumspartei, mit der Bayerischen Volkspartei in Verhandlungen einzutreten, um für den zweiten Wahlgang die Unterstützung der bayerischen katholischen Kreise für die Präsidentschaftskandidatur Marx zu gewinnen. Schon jetzt stehen die Führer des Zentrums in unverdächtigem Verhältnis mit der Bayerischen Volkspartei, die jedoch noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt hat. Da jedoch in den bayerischen Kreisen eine starke Abneigung gegen die Kandidatur Dr. Brüning besteht, glaubt das Zentrum sich der Zustimmung hingeben zu können, die Bayerische Volkspartei für Marx zu gewinnen.

Die preussische Opposition bricht die Verhandlungen mit Marx ab

Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Auf Grund der in den letzten Tagen mit allem Nachdruck fortgesetzten Verhandlungen, die sowohl mit den Parteien wie auch mit einzelnen für die Kabinetsbildung in Betracht kommenden Persönlichkeiten geführt worden waren, bestand große Wahrscheinlichkeit, daß der Ministerpräsident Dr. Brüning am Mittwoch nachmittag imstande sein würde, dem Landtage ein Kabinett vorzustellen, das alle Ausschüsse hatte, die Billigung der Mehrheit des Hauses zu finden. Marx hatte die Parteiführer auf Dienstag vormittag zu einnehmenden Besprechungen eingeladen, um ihnen über den Erfolg seiner bisherigen Bemühungen zu berichten. Gleich zu Beginn dieser Verhandlungen schafften aber die Oppositionsparteien plötzlich eine neue Lage, indem sie erklärten, sie könnten mit einem Ministerpräsidenten, der gleichzeitig Kandidat für die Reichspräsidentschaft sei, nicht mehr verhandeln. Infolgedessen mußte Marx zunächst von seinem Vorhaben absehen, am anderen Tage dem Landtage sein Kabinett vorzustellen.

pro Stunde an erhöhen, von 40 auf nur durchzuführen, wenn die Reichsbahn die Mittel zur Ausführung der Mittel erforderliche Erhöhung der Tarife annehme. Weiter nimmt die Hauptverwaltung der Reichsbahn das vom Schlichter empfohlene Ausmaß der Erhöhung von 40 auf 50 Pfg. an. Die Reichsbahn-Gesellschaft ist bereit, die am Streik Beteiligten wieder einzustellen, soweit der Betrieb es ihr gestattet, und auf längere Zeit voraus die freierwerbenden Stellen in erster Linie aus den Reihen der früher Beschäftigten zu besetzen.

Eine Lohnbewegung bei der Post?

Wie bei der Eisenbahn, so ist auch bei der Reichspost schon seit längerer Zeit eine Lohnbewegung der Post- und Telegraphenarbeiter zu verzeichnen. Die Tatsache, daß im Hinblick auf die Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost die für Dienstag angelegten Lohnverhandlungen auf Donnerstag vertagt werden mußten, hat ziemlich starke Erregung unter den Postarbeitern verursacht.

Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums teilt hierzu mit: Die Zeitungsnachricht, wonach die gestrige Vertagung des Verhandlungstermins für die Festlegung der Löhne bei der deutschen Reichspost Erregung unter den Arbeitern hervorgerufen habe, trifft nicht zu. Der neue Verhandlungstermin für den geforderten Lohnantrag ist in vollem Einvernehmen mit dem am Tarif beteiligten Organisationen festgelegt worden.

Shurmann amerikanischer Botschafter in Berlin



Nach Erteilung des Agreements durch die deutsche Regierung ist, wie aus Washington gemeldet wird, die Ernennung des jetzigen amerikanischen Gesandten in Peking, Shurmann, zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin erfolgt.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau

Die gestern in Essen geführten Verhandlungen zwischen dem Bergarbeiterverband und den vier Bergarbeiterverbänden sind ergebnislos verlaufen. Die Vertreter der Bergarbeiter forderten eine Lohnerhöhung um 25 Prozent, die jedoch vom Arbeitgeberverband unter Berufung auf die Lage des Ruhrbergbaus abgelehnt wurde. Daraufhin beantragten die Bergarbeiter das Schlichtungsverfahren, das voraussichtlich Anfang nächster Woche beginnen wird.

Die Staatsrede des sächsischen Finanzministers

Die überzogene Steuerpolitik des Reiches. - Mehrbedarf des sächsischen Staatshaushalts gegenüber 1914 rund 100 Millionen Mark. - Die Haltung der sächsischen Regierung zur Finanzgleichheitsreform.

Im Landtage hielt am Donnerstag Finanzminister Dr. Reinhold, nachdem einige andere Punkte der Tagesordnung erledigt waren, zur ersten Beratung des Haushaltsplanes für das Jahr 1925 eine Rede, in der er u. a. ausführt:

Das Jahr 1924 ist das Jahr der Stabilisierung gewesen. Es gelang unter Anspannung aller Kräfte, Ordnung in die öffentlichen Haushalte zu bringen. Das konnte, nachdem der Rentenmarktreich, den das Reich erhalten hatte, sehr bald erschöpft war und Anleihenmittel nicht zur Verfügung standen, nur durch eine Steuerpolitik erreicht werden, die mit einer Umwälzung, wie sie lediglich die außerordentliche Notlage des Staates rechtfertigte

und wie sie noch nie ein an den Weltverkehr angegliedertes Volk getragen hat und keine auf die Dauer tragen kann, tief in die Substanz der Wirtschaft eingriff. Durch die Steuererhebungen wurde der Bedarf gedeckt, so, man kann rückblickend sogar sagen, daß man zweifellos in der Erhebung der Steuer über das Ziel hinausgeschossen ist. So hat das Reich in den ersten neun Monaten des laufenden Etatsjahres einen Ueberschuß von annähernd einer Milliarde erzielt und

der Ueberschuß des einen Monats Januar beträgt 124 Millionen Mark, obwohl inwischen die Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuererleichterungen zum Teil schon ihre Auswirkung gezeitigt hat.

Die deutsche Wirtschaft stand nach Beendigung der Scheinkonjunktur der Inflationsperiode vor einer außerordentlich schwierigen Lage. Die Stabilisierungskrise, die im Nov. 1923 hereinbrach, führte dazu, daß Betriebsstilllegungen und Arbeitseinsparungen sich so häuften, daß wir allein in Sachsen am 1. Januar 1924 272.000 unterhaltungsbedürftige Erwerbslose hatten, zu denen noch 25.000 Zuschlagempfangener kamen, so daß zu diesem Zeitpunkt, wenn man die übrigen Unterhaltungsbedürftigen hinzurechnet, rund ein Viertel der sächsischen Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln unterstützt wurde.

Seidem hat ganz unverkennbar ein langsamer Gesundungsprozess eingesetzt. Diese zweifelhafte Besserung der Wirtschaftslage ist für Sachsen am besten an der Tatsache zu erkennen, daß die Zahl der unterhaltungsbedürftigen Arbeitslosen bis Ende des Jahres 1924 auf 42.000 zurückging.

Trotzdem wäre es meiner Auffassung nach im höchsten Maße leichtfertig und oberflächlich, wenn man auf Grund der Ergebnisse des Jahres 1924 die deutsche Wirtschaft für endgültig saniert halten wollte. Es muß vor allem auf unsere Beziehung zur Weltwirtschaft hingewiesen werden, wobei sich leider ergibt, daß die Passivität unserer Handelsbilanz eine Höhe erreicht hat, die ganz außerordentliche Gefahren in sich schließt. Dazu kommen auf der Passivseite neben den von Jahr zu Jahr drückender werdenden Zinsen für die zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft unbedingt notwendigen Auslandsdarlehen die ungeheuerlich schweren Reparationsverpflichtungen.

Ich bin deshalb der festen Ueberzeugung, daß unsere gesamte Wirtschaft noch weit zielbewusster und energischer als bisher auf dieses Ziel einer aktiver Handelsbilanz hinarbeiten muß.